

1820

An
den Vorsitzenden des Hauptausschusses

über
die Präsidentin des Abgeordnetenhauses von Berlin

über
Senatskanzlei - G Sen -

**Polizei Berlin; Bußgeldstelle; Aufstockung der Serverkapazitäten und
Standortverlegung der Bußgeldstraße in die Ferdinand-Schultze-Str. 71**

rote
Nummer/n: 1314, 1284 (Nr. 70 und 71)

Vorgang: 51. Sitzung des Hauptausschusses vom 17.11.2023

Ansätze: Kapitel 0556/Titel 51185

| | | | |
|---------------------------|------------|---------------|---|
| abgelaufenes | 2023 | 26.055.000 | € |
| Haushaltsjahr: | | | |
| laufendes Haushaltsjahr: | 2024 | 29.450.000 | € |
| kommendes Haushaltsjahr: | 2025 | 29.350.000 | € |
| Ist des abgelaufenen | 2023 | 24.094.200 | € |
| Haushaltsjahres: | | | |
| Verfügungsbeschränkungen: | 2024 | 0 | € |
| aktuelles Ist | 12.06.2024 | 12.116.697,94 | € |

| | | | | |
|---------------------------------------|--------------------------|----------------|---|--|
| <u>Ansätze:</u> | Kapitel 0556/Titel 51820 | | | |
| abgelaufenes Haushaltsjahr: | 2023 | 141.793.000 | € | |
| laufendes Haushaltsjahr: | 2024 | 117.375.000 | € | |
| kommendes Haushaltsjahr: | 2025 | 117.252.000 | € | |
| Ist des abgelaufenen Haushaltsjahres: | 2023 | 141.897.389,50 | € | |
| Verfügungsbeschränkungen: | 2024 | 0 | € | |
| aktuelles Ist | 12.06.2024 | 43.650.599,42 | € | |

| | | | | |
|---------------------------------------|--------------------------|---------------|---|--|
| <u>Ansätze:</u> | Kapitel 0556/Titel 51715 | | | |
| abgelaufenes Haushaltsjahr: | 2023 | 55.846.000 | € | |
| laufendes Haushaltsjahr: | 2024 | 57.789.000 | € | |
| kommendes Haushaltsjahr: | 2025 | 59.361.000 | € | |
| Ist des abgelaufenen Haushaltsjahres: | 2023 | 55.741.610,50 | € | |
| Verfügungsbeschränkungen: | 2024 | 0 | € | |
| aktuelles Ist | 12.06.2024 | 23.619.483,40 | € | |

Gesamt-
ausgaben: entfällt

Der Hauptausschuss hat in seiner oben bezeichneten Sitzung Folgendes beschlossen:

„Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat ergänzende Fragen zu den Berichten Nr. 70 und 71 der Sammelvorlage 1284 sowie zu den Titeln 42801 und 42811 eingereicht: s. 1314

Bezugnehmend auf die Berichte mit den Nr. 70 und 71

1. Bis wann gedenkt der Senat die Aufstockung der Serverkapazitäten von 5 Mio. Euro auf 10 Mio. Euro mögliche Verfahren p. a. zu erreichen? Wie ist der aktuelle Projektstand, wie sind die weiteren Schritte und bis wann sollen diese erfolgt sein? Welche Kosten sind nach aktuellem Stand dafür in welchem Titel erforderlich und sind diese eingeplant?

2. Bis wann gedenkt der Senat den Umzug der Bußgeldstelle zum Standort Ferdinand-Schultze-Str. 71 zu ermöglichen und wie viele Mittel sind hierfür in welchem Titel veranschlagt? Stimmt es, dass im vorliegenden Haushalt nicht die vorgesehenen 1,85 Mio. Euro in angegebenen Titeln veranschlagt waren?“

Beschlussvorschlag:

Der Hauptausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Hierzu wird berichtet:

Zu 1.

Aufstockung Serverkapazitäten und diesbezüglicher, aktueller Projektstand:

2023 wurden 3,7 Mio. Verfahren in der Bußgeldstelle geführt. Die derzeitige Kapazitätsreserve liegt bei insgesamt 5 Mio. Verfahren pro Jahr. Insbesondere aus wirtschaftlicher, aber auch aus fachlicher, Sicht ist es daher zum jetzigen Zeitpunkt nicht erforderlich, erweiterte Serverkapazitäten aufzubauen oder vorzuhalten. In Abstimmung mit dem ITDZ und den Softwarepartnern für das Fachverfahren wurden Strategien erarbeitet, mit denen in Zukunft bei entsprechender Notwendigkeit die Fallzahlenkapazität mit einem Vorlauf von ca. 18 bis 24 Monaten auf bis zu 10 Mio. Verfahren pro Jahr erhöht werden könnte. In Vorbereitung darauf ist aktuell geplant, im Fachverfahren noch vorhandenes Optimierungspotenzial durch verschiedene technische Veränderungen auszuschöpfen. Dazu erfolgen derzeit Abstimmungen mit den verantwortlichen Partnern.

Kosten für Optimierungsmaßnahmen:

Eine Kostenschätzung für die in der Planung befindlichen Optimierungsmaßnahmen liegt noch nicht vor. Im aktuellen Haushaltsplan sind aus den vorgenannten Gründen keine entsprechenden Mittel veranschlagt. Bei Bedarf würden diese im Rahmen der Anmeldung zum Haushalt 2026/2027 voraussichtlich im Titel 51185 - Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT - im Kapitel 0556 - Direktion Zentraler Service - geltend gemacht werden.

Zu 2.

Die Vorlage an den Hauptausschuss zur Anmietung der Liegenschaft Ferdinand-Schultze-Straße 71 ist noch nicht terminiert, da sich die Nachbelegung des derzeitigen Standortes der Bußgeldstelle in der Magazinstraße 5 noch im verwaltungsinternen Abstimmungsprozess befindet.

Es ist beabsichtigt, nach vorliegender Zustimmung des Hauptausschusses die Liegenschaft anzumieten und für die technischen Erfordernisse der Bußgeldstelle zunächst zu ertüchtigen. Die Berliner Immobilienmanagement GmbH (BIM) hat in diesem Zusammenhang einen Quick-Check für die allgemeinen Instandsetzungsarbeiten erstellen lassen. Darin sind im wesentlichen Schönheitsreparaturen und die Instandsetzung von Sanitärsträngen enthalten, die sich voraussichtlich zügig umsetzen lassen.

Zum jetzigen Zeitpunkt sind noch keine belastbaren Angaben zum Zeitrahmen für die Umsetzung der Maßnahmen möglich. Aktuell besteht seitens der BIM keine explizite Möglichkeit mit der Planung in Vorlauf zu gehen, da die Nutzung von der Zustimmung durch den Hauptausschuss abhängt. Wenn die Planungen starten, wird die BIM prüfen, ob sich das Gebäude oder Teile davon vorab herrichten lassen und ob ggf. Teilabschnitte bereits genutzt werden können oder bauabschnittsweise bezogen werden, damit schnellstmöglich Teil-Gebäudekomplexe in Nutzung gehen können.

Derzeit wird parallel bereits das Nutzer- und Bedarfsprogramm durch die Polizei Berlin erstellt. Im Wesentlichen sind Sicherheiten bei den Fenstern, Türen und bei den Sicherheitsbereichen wie z. B. den Wiringcentern entsprechend den Empfehlungen des LKA sowie Flächenoptimierungsmaßnahmen durch das Entfernen von Trennwänden zur Schaffung weiterer notwendiger Arbeitsplätze umzusetzen. Zudem müssen einige bauliche Maßnahmen realisiert werden, um den Vorschriften aus den Arbeitsschutzrichtlinien zu entsprechen.

Die erforderlichen Haushaltsmittel für die Anmietung Ferdinand-Schultze-Straße sind im Haushaltsplan 2024/2025 im Kapitel 0556/Titel 51820 lfd. Nr. 9 bzw. im Kapitel 0556/Titel 51715 lfd. Nr. 25 „diverse Liegenschaften“ veranschlagt. Für die Herrichtung der Liegenschaft stehen der BIM 5,7 Mio. Euro zur Verfügung.

In Vertretung

Hochgrebe

Christian Hochgrebe